

618049-2026 - Wettbewerb

Deutschland – Fernsprech- und Datenübertragungsdienste – Innerstädtische Verbindungen der Kommunen und Internetaccess mit DDoS Absicherung

OJ S 173/2026 08/09/2026

Auftrags- oder Konzessionsbekanntmachung – Standardregelung - Änderungsbekanntmachung Dienstleistungen

1. Beschaffer

1.1. Beschaffer

Offizielle Bezeichnung: ekom21 - Kommunales Gebietsrechenzentrum Hessen

E-Mail: vergabestelle@ekom21.de

Rechtsform des Erwerbers: Von einer lokalen Gebietskörperschaft kontrollierte Einrichtung des öffentlichen Rechts

Tätigkeit des öffentlichen Auftraggebers: Allgemeine öffentliche Verwaltung

2. Verfahren

2.1. Verfahren

Titel: Innerstädtische Verbindungen der Kommunen und Internetaccess mit DDoS Absicherung

Beschreibung: Die ekom21 - Kommunales Gebietsrechenzentrum Hessen (ekom21) ist eine Körperschaft des öffentlichen Rechts nach dem Hessischen

Datenverarbeitungsverbundgesetz (DV-VerbundG). In den Bereichen Digitalisierung und eGovernment nimmt die ekom21 eine Vorreiterrolle ein und sorgt mit innovativen

Technologien für mehr Effizienz in der Verwaltung und für Fortschritt sowie

Bürgerfreundlichkeit. Für diese Endkunden stellt die ekom21 digitale Dienstleistungen in

seinen Rechenzentren bereit und bietet Zugang zu verschiedenen Warenkörben im Bereich

der IT-Dienstleistungen. Der Auftragnehmer muss für alle Kunden der ekom21 im Bundesland

Hessen und deutschlandweit sowie an den Standorten der ekom21 die geforderten

Nutzungsprofile der Standortanbindungen bereitstellen können. Ausschreibungsgegenstand

sind folgende Lose: - Los 1: Standortvernetzung - Los 2: DDoS-Mitigation-Lösung - Los 3:

Satelliteninternet Geplant ist eine Rahmenvereinbarung mit einem Wirtschaftsteilnehmer je

Los abzuschließen. In einem parallelen Rahmenvertrag bezieht die ekom21 ein Managed SD-

WAN von einem Dienstleister als Overlay-Netzwerk. SD-WAN bzw. das Overlay-Netzwerk

sind nicht Gegenstand dieser Vergabe.

Kennung des Verfahrens: 3ad55d22-7efb-490b-ad09-7bad0edab0fe

Interne Kennung: ekom21-2026-0004

Verfahrensart: Offenes Verfahren

Das Verfahren wird beschleunigt: nein

2.1.1. Zweck

Art des Auftrags: Dienstleistungen

Haupteinstufung (cpv): 64210000 Fernsprech- und Datenübertragungsdienste

Zusätzliche Einstufung (cpv): 32561000 Glasfaserverbindungen, 72720000 Fernnetzdienste,

72400000 Internetdienste

2.1.2. Erfüllungsort

Stadt: Gießen

Postleitzahl: 35398

2.1.4. Allgemeine Informationen

Zusätzliche Informationen: 1. Alle in der Bekanntmachung oder in der Vergabeunterlage geforderten Unterlagen (Nachweise, Erklärungen und sonstige Dokumente) müssen — soweit bei dem betreffenden Nachweis nicht ausdrücklich anders angegeben — fristgerecht und in der vorgegebenen Form — z. B. unter Verwendung der Erfassungsformulare — mit dem Angebot eingereicht werden. 2. Zusätzlich zu den in der Vergabebekanntmachung getroffenen Vorgaben gelten die für dieses Vergabeverfahren aufgestellten Bewerbungsbedingungen, die Teil der elektronisch bereitgestellten Vergabeunterlagen sind. 3. Der Bieter hat die Eigenerklärung zum Artikel 5k der EU-Verordnung 833/2014 (Datei "Erklärung Art. 5k EU Verordnung 833-2014") ausgefüllt mit seinem Angebot einzureichen. 4. Der Bieter hat die Konzepte "Nachhaltigkeit" mit dem Angebot einzureichen. 5. Die weiteren Erfüllungsorte liegen am Sitz und am Standort der Abrufberechtigten/Bezugsberechtigten. 6. Näheres ist den Vergabeunterlagen zu entnehmen. 7. Bieterfragen können längstens bis zum 10.09.2026, 10.00 Uhr gestellt werden.

Rechtsgrundlage:

Richtlinie 2014/24/EU

vgv -

Anzuwendende grenzübergreifende Rechtsvorschrift: Es gilt das Recht des Landes Hessen.

2.1.5. Bedingungen für die Auftragsvergabe

Bedingungen für die Einreichung:

Höchstzahl der Lose, für die ein Bieter Angebote einreichen kann: 3

Auftragsbedingungen:

Höchstzahl der Lose, für die Aufträge an einen Bieter vergeben werden können: 3

2.1.6. Ausschlussgründe

Quellen der Ausschlussgründe: Bekanntmachung, Auftragsunterlagen

Der Zahlungsunfähigkeit vergleichbare Lage gemäß nationaler Rechtsvorschriften: Darüber hinaus gelten sämtliche in den Vergabeunterlagen genannten Ausschlussgründe, insbesondere die gesetzlichen Ausschlussgründe nach §§ 123 bis 126 GWB.

Korruption: Darüber hinaus gelten sämtliche in den Vergabeunterlagen genannten Ausschlussgründe, insbesondere die gesetzlichen Ausschlussgründe nach §§ 123 bis 126 GWB.

Beteiligung an einer kriminellen Vereinigung: Darüber hinaus gelten sämtliche in den Vergabeunterlagen genannten Ausschlussgründe, insbesondere die gesetzlichen Ausschlussgründe nach §§ 123 bis 126 GWB.

Vereinbarungen mit anderen Wirtschaftsteilnehmern zur Verzerrung des Wettbewerbs: Darüber hinaus gelten sämtliche in den Vergabeunterlagen genannten Ausschlussgründe, insbesondere die gesetzlichen Ausschlussgründe nach §§ 123 bis 126 GWB.

Verstoß gegen umweltrechtliche Verpflichtungen: Darüber hinaus gelten sämtliche in den Vergabeunterlagen genannten Ausschlussgründe, insbesondere die gesetzlichen Ausschlussgründe nach §§ 123 bis 126 GWB.

Geldwäsche oder Terrorismusfinanzierung: Darüber hinaus gelten sämtliche in den Vergabeunterlagen genannten Ausschlussgründe, insbesondere die gesetzlichen Ausschlussgründe nach §§ 123 bis 126 GWB.

Betrug: Darüber hinaus gelten sämtliche in den Vergabeunterlagen genannten Ausschlussgründe, insbesondere die gesetzlichen Ausschlussgründe nach §§ 123 bis 126 GWB.

Kinderarbeit und andere Formen des Menschenhandels: Darüber hinaus gelten sämtliche in den Vergabeunterlagen genannten Ausschlussgründe, insbesondere die gesetzlichen Ausschlussgründe nach §§ 123 bis 126 GWB.

Zahlungsunfähigkeit: Darüber hinaus gelten sämtliche in den Vergabeunterlagen genannten Ausschlussgründe, insbesondere die gesetzlichen Ausschlussgründe nach §§ 123 bis 126 GWB.

Verstoß gegen arbeitsrechtliche Verpflichtungen: Darüber hinaus gelten sämtliche in den Vergabeunterlagen genannten Ausschlussgründe, insbesondere die gesetzlichen Ausschlussgründe nach §§ 123 bis 126 GWB.

Verwaltung der Vermögenswerte durch einen Insolvenzverwalter: Darüber hinaus gelten sämtliche in den Vergabeunterlagen genannten Ausschlussgründe, insbesondere die gesetzlichen Ausschlussgründe nach §§ 123 bis 126 GWB.

Täuschung, Zurückhaltung von Informationen, Unfähigkeit zur Vorlage erforderlicher Unterlagen oder Erlangung vertraulicher Informationen zu dem Verfahren: Darüber hinaus gelten sämtliche in den Vergabeunterlagen genannten Ausschlussgründe, insbesondere die gesetzlichen Ausschlussgründe nach §§ 123 bis 126 GWB.

Interessenkonflikt aufgrund seiner Teilnahme an dem Vergabeverfahren: Darüber hinaus gelten sämtliche in den Vergabeunterlagen genannten Ausschlussgründe, insbesondere die gesetzlichen Ausschlussgründe nach §§ 123 bis 126 GWB.

Direkte oder indirekte Beteiligung an der Vorbereitung des Vergabeverfahrens: Darüber hinaus gelten sämtliche in den Vergabeunterlagen genannten Ausschlussgründe, insbesondere die gesetzlichen Ausschlussgründe nach §§ 123 bis 126 GWB.

Schwerwiegendes berufliches Fehlverhalten: Darüber hinaus gelten sämtliche in den Vergabeunterlagen genannten Ausschlussgründe, insbesondere die gesetzlichen Ausschlussgründe nach §§ 123 bis 126 GWB.

Vorzeitige Beendigung, Schadensersatz oder andere vergleichbare Sanktionen: Darüber hinaus gelten sämtliche in den Vergabeunterlagen genannten Ausschlussgründe, insbesondere die gesetzlichen Ausschlussgründe nach §§ 123 bis 126 GWB.

Verstoß gegen sozialrechtliche Verpflichtungen: Darüber hinaus gelten sämtliche in den Vergabeunterlagen genannten Ausschlussgründe, insbesondere die gesetzlichen Ausschlussgründe nach §§ 123 bis 126 GWB.

Verstoß gegen die Verpflichtung zur Entrichtung von Sozialversicherungsbeiträgen: Darüber hinaus gelten sämtliche in den Vergabeunterlagen genannten Ausschlussgründe, insbesondere die gesetzlichen Ausschlussgründe nach §§ 123 bis 126 GWB.

Einstellung der gewerblichen Tätigkeit: Darüber hinaus gelten sämtliche in den Vergabeunterlagen genannten Ausschlussgründe, insbesondere die gesetzlichen Ausschlussgründe nach §§ 123 bis 126 GWB.

Verstoß gegen die Verpflichtung zur Entrichtung von Steuern: Darüber hinaus gelten sämtliche in den Vergabeunterlagen genannten Ausschlussgründe, insbesondere die gesetzlichen Ausschlussgründe nach §§ 123 bis 126 GWB.

Terroristische Straftaten oder Straftaten im Zusammenhang mit terroristischen Aktivitäten: Darüber hinaus gelten sämtliche in den Vergabeunterlagen genannten Ausschlussgründe, insbesondere die gesetzlichen Ausschlussgründe nach §§ 123 bis 126 GWB.

5. Los

5.1. Los: LOT-0001

Titel: Standortvernetzung

Beschreibung: Der Ausschreibungsgegenstand des Loses 1 umfasst die Standortvernetzung basierend auf einem Carrier-Ethernet-Service. Nähere Informationen siehe

Leistungsbeschreibung zur fachspezifische Anforderungen Los 1. Der Höchstwert für dieses Loses ist auf insgesamt 3.000.000,00 Euro (netto) festgelegt.

Interne Kennung: LOT-0001

5.1.1. Zweck

Art des Auftrags: Dienstleistungen

Haupteinstufung (cpv): 64210000 Fernsprech- und Datenübertragungsdienste

Optionen:

Beschreibung der Optionen: Die Auftraggeberin ist berechtigt, die Rahmenvereinbarung einmal um bis zu zwölf Monate zu verlängern. Die Option ist gegenüber dem Auftragnehmer mindestens in Textform zu erklären und hat die beabsichtigte Übergangszeit anzugeben.

5.1.2. Erfüllungsort

Stadt: Gießen

Postleitzahl: 35398

Land, Gliederung (NUTS): Gießen, Landkreis (DE721)

Land: Deutschland

Zusätzliche Informationen: Die Erfüllungsorte liegen am Sitz und am Standort der Abrufberechtigten/Bezugsberechtigten.

5.1.3. Geschätzte Dauer

Laufzeit: 48 Monate

5.1.5. Wert

Höchstwert der Rahmenvereinbarung: 3 000 000,00 EUR

5.1.6. Allgemeine Informationen

Vorbehaltene Teilnahme:

Teilnahme ist nicht vorbehalten.

Die Namen und beruflichen Qualifikationen des zur Auftragsausführung eingesetzten Personals sind anzugeben: Nicht erforderlich

Auftragsvergabeprojekt nicht aus EU-Mitteln finanziert

Die Beschaffung fällt unter das Übereinkommen über das öffentliche Beschaffungswesen: ja

Diese Auftragsvergabe ist auch für kleine und mittlere Unternehmen (KMU) geeignet: nein

5.1.7. Strategische Auftragsvergabe

Ziel der strategischen Auftragsvergabe: Keine strategische Beschaffung

5.1.9. Eignungskriterien

Quellen der Eignungskriterien: Bekanntmachung, Auftragsunterlagen

Kriterium: Referenzen zu bestimmten Arbeiten

Beschreibung des Eignungskriteriums: Erklärung zu geeigneten Referenzleistungen über früher ausgeführte Liefer- und Dienstleistungen die mit Bezug auf die ausgeschriebenen Leistungen Aufschluss über die technische und berufliche Leistungsfähigkeit geben

[Eigenerklärung zu geeigneten Referenzen] mit. Zu jeder Referenz müssen mindestens folgende Angaben gemacht werden: — Kurzbezeichnung der Referenz, — vollständiger Name einschließlich Postadresse und Kontaktdaten des Auftraggebers (=Referenzauftraggeber), — Auftragswert, — öffentlicher oder privater Auftraggeber, — Leistungszeitraum (Liefer- bzw. Erbringungszeitpunkt), — termingerechter Projektabschluss, — Beschreibung des Leistungsanteils des Ausführenden am Referenzprojekt in Prozent, — Stellung des Ausführenden im Referenzprojekt (Alleinunternehmer, Generalunternehmer, Ressourcengeber, Mitglied einer Bietergemeinschaft, — Anzahl der für den Bewerber im

Rahmen des Projektes tätigen Personen. Aus der Beschreibung der Referenz muss klar erkennbar sein, welche Leistungen der Bewerber, was Mitglied einer Bewerbungsgemeinschaft oder ein Dritter, auf dessen technische und berufliche Leistungsfähigkeit abgestellt wird, selbst durchgeführt hat. Die bloße untergeordnete Mitwirkung bzw. die Überwachung eines Referenzprojekts sind hierbei nicht ausreichend. Die vorzulegenden Referenzen müssen eindeutig demjenigen Unternehmen als Auftragnehmer/ Durchführungsverantwortlichen zugeordnet werden können, der sie zum Nachweis seiner technischen und beruflichen Leistungsfähigkeit mit dem Angebot vorlegt. Die Einreichung einer Bescheinigung des Referenzauftraggebers ist nicht erforderlich. Der Auftraggeber behält sich aber die Überprüfung der gemachten Angaben bei Referenzauftraggebern sowie eigene Ermittlungen vor, deren Ergebnisse Berücksichtigung im Rahmen der Eignungsprüfung berücksichtigt werden. Zu den geforderten Nachweisen werden für alle geforderten Erklärungen Erfassungsformulare zur Verfügung gestellt, die unter Beachtung der Ausfüllhinweise zu verwenden sind. Geforderte Eignungsnachweise (gem. §§ 122 ff. GWB, §§ 42 ff. VgV), die in Form anerkannter Präqualifikationsnachweise (u. a. HPQR) vorliegen, werden zugelassen und anerkannt, wenn die Präqualifikationsnachweise in Form und Inhalt den geforderten Eignungsnachweisen entsprechen. Mindestanforderungen: Die Referenzprojekte müssen: • innerhalb der letzten fünf Jahre produktiv betrieben worden sein, • eine Mindestvertrags- oder Betriebsdauer von zwölf Monaten aufweisen, • Leistungen für Behörden, öffentliche Auftraggeber, KRITIS-Betreiber oder vergleichbare Organisationen mit verteilten Standorten umfassen, • Managed-Service-Leistungen einschließlich Implementierung, Betrieb, Entstörung und Service-Management beinhaltet haben, • durch den jeweiligen Referenzkunden auf Anfrage bestätigt werden können. Anforderungen an die Referenzen je Los: Los 1: Der Bieter weist durch mindestens drei Referenzprojekte Erfahrungen in der Planung, Implementierung und dem Betrieb von Standortvernetzungslösungen für Organisationen mit mehreren Standorten nach. Jede Referenz muss mindestens 20 vernetzte Standorte umfassen. Die Leistungen müssen den Betrieb eines Weitverkehrsnetzes (WAN), die Bereitstellung von Leistungsübergabepunkten sowie Service- und Entstörungsleistungen umfasst haben. Los 2: Der Bieter weist durch mindestens drei Referenzprojekte Erfahrungen in der Bereitstellung und dem Betrieb von DDoS-Schutzdiensten für Internetanbindungen von Organisationen mit erhöhten Anforderungen an Verfügbarkeit und Informationssicherheit nach. Die Referenzprojekte müssen einen dauerhaft betriebenen DDoS-Schutzservice einschließlich Erkennung, Analyse und Einleitung von Gegenmaßnahmen umfasst haben. Mindestens eine Referenz soll den Schutz einer zentralen Internetanbindung eines öffentlichen Auftraggebers, KRITIS-Betreibers oder einer vergleichbaren Organisation dokumentieren. Los 3: Der Bieter weist durch mindestens drei Referenzprojekte Erfahrungen in der Bereitstellung und dem Betrieb von Satelliteninternetanschlüssen für gewerbliche, kommunale oder öffentliche Auftraggeber nach. Jede Referenz muss die Anbindung von mindestens 10 Standorten umfassen und Leistungen wie Planung, Installation, Inbetriebnahme sowie den laufenden Servicebetrieb enthalten haben. Referenzen für temporäre oder ausschließlich private Endkundenanschlüsse sind nicht ausreichend.

Kriterium: Relevante Bildungs- und Berufsqualifikationen

Beschreibung des Eignungskriteriums: Der AUFTRAGNEHMER DARF NUR solche Fachkräfte einsetzen, die vertrauenswürdig und den gestellten Aufgaben gewachsen sind sowie die notwendigen Fach- und Landeskenntnisse besitzen. Der AUFTRAGNEHMER MUSS sicherstellen, dass die eingesetzten Fachkräfte über die vertraglichen Regelungen zur Informationssicherheit (siehe Kapitel 2.1) angemessen unterrichtet sind. Die Fachkräfte MÜSSEN mit dem AUFTRAGGEBER in deutscher Sprache (Gemeinsamer Europäischer Referenzrahmen für Sprachen mindestens Niveau C1) kommunizieren. Dabei wird zwischen

den folgenden Aufgabenbereichen bzw. Qualifikationsstufen der Mitarbeiter unterschieden:

- Systemingenieur / Projektleiter • Beispielhafte Tätigkeiten: Projektmanagement, Planung der Gesamtlösung und Service Level Management • Qualifikation: i.d.R. Hochschulabschluss oder Fachabschluss im Bereich Nachrichtentechnik, min. 3 Jahre Berufserfahrung, Erfahrung als Systemingenieur / Projektleiter, Lösungskompetenz in Fachfragestellungen und Teamfähigkeit
- Systemspezialist • Beispielhafte Tätigkeiten: Planung und Durchführung der Inbetriebnahme, Systemkonfiguration und Administration sowie Inbetriebnahme der angebotenen Komponenten • Qualifikation: mind. 1-3 Jahre Berufserfahrung, Erfahrung als Systemspezialist für die angebotene Hard- und Software, Lösungskompetenz in Administrationsfragestellungen und Teamfähigkeit
- DDoS-Analyst (nur Los 2) • Beispielhafte Tätigkeiten: Analysieren von erkannten oder gemeldeten volumenbasierten Angriffen wie Denial-of-Service (DoS) oder Distributed-Denial-of-Service (DdoS) auf die IP-Netze des AUFTRAGGEBERS • Qualifikation: mind. 3 Jahre Berufserfahrung, Erfahrung als Netzwerkspezialist bei Internet-Service-Providern, Lösungskompetenz in Fachfragestellungen sowie Kommunikations- und Teamfähigkeit

Kriterium: Durchschnittliche jährliche Belegschaft

Beschreibung des Eignungskriteriums: Eigenerklärung aus der die durchschnittliche jährliche Anzahl der fest angestellten Beschäftigten des Unternehmens in den letzten drei Jahren ersichtlich ist [Eigenerklärung zur Personenkenzzahlen]. Mindestanforderungen für Lose 1, 2 und 3: Gesamtbeschäftigtenanzahl von 100 Mitarbeitenden.

Kriterium: Informationssicherheit

Beschreibung des Eignungskriteriums: [Eigenerklärung zum Informations-Sicherheits-Managementsystem] Eigenerklärung, aus der ersichtlich ist, welche Maßnahmen zum Informations-Sicherheits-Managementsystem im Unternehmen für die ausschreibungsrelevanten Bereiche angewendet werden (Erfassungsformular - "Erklärung Informations-Sicherheits-Managementsystem"). Der AUFTRAGNEHMER MUSS über ein angemessenes, dokumentiertes und implementiertes Informations-Sicherheits-Management-System (ISMS) verfügen, das dem Standard ISO/IEC 27001:2022 (bzw. aktuelle Folgeversionen) oder vergleichbar entspricht. Das ISMS MUSS die zu erbringende Leistung inklusive der zu verarbeitenden Informationen mit den dazu notwendigen infrastrukturellen, organisatorischen, personellen und technischen Komponenten umfassen. Entspricht das ISMS noch dem Vorgängerstandard von 2017, so MUSS der AUFTRAGNEHMER einen Zeitplan benennen können, nach welchem die Zertifizierung auf die neue Version angehoben wird.

Kriterium: Berufliche Risikohaftpflichtversicherung

Beschreibung des Eignungskriteriums: Erklärung des Unternehmens, dass für den Fall des Zuschlags eine Berufs- oder Betriebshaftpflichtversicherung mit den aufgestellten Mindeststandards für die Dauer der Vertragslaufzeit abgeschlossen wird bzw. - falls bereits vorhanden - eine solche besteht und für die Dauer der Auftragsausführung aufrechterhalten wird [Eigenerklärung zur Berufs- oder Betriebshaftpflichtversicherung]. Erforderlicher Mindestversicherungsschutz von 1,5 Mio. Euro für Personen- und Sachschäden und 1 Mio. Euro für Vermögensschäden jeweils bei zumindest doppelter Jahreshöchstleistung.

Kriterium: Andere wirtschaftliche oder finanzielle Anforderungen

Beschreibung des Eignungskriteriums: Eigenerklärung zum Unternehmen mit aussagekräftiger Darstellung des Unternehmens insbesondere im Hinblick auf den ausgeschriebenen Auftrag (Kenndaten und Kennzahlen, aktuelle Geschäftsbereiche, Tätigkeitsfelder und Marktpositionierung etc.) [Eigenerklärung zum Unternehmen].

Kriterium: Durchschnittlicher Jahresumsatz

Beschreibung des Eignungskriteriums: Erklärung über den Gesamtumsatz des Unternehmens sowie den Umsatz im Tätigkeitsbereich des ausgeschriebenen Auftrags, jeweils bezogen auf die letzten drei Geschäftsjahre [Eigenerklärung zum Umsatz]. Mindestanforderungen für Lose 1, 2 und 3: Erforderlich ist ein Durchschnittsumsatz in den letzten drei Jahren von mindestens: 600.000. Euro (netto).

Kriterium: Eintragung in das Handelsregister

Beschreibung des Eignungskriteriums: Erklärung des Unternehmens, zur Befähigung und Erlaubnis zur Berufsausübung nach § 44 VgV [Eigenerklärung Befähigung und Erlaubnis zur Berufsausübung]. Nachweis der Eintragung im Berufs- oder Handelsregister, ggf. eidesstattliche Erklärung oder vergleichbare Bescheinigung einer Behörde des Mitgliedsstaates, in dem der Bewerber ansässig ist (Vorlage Kopie). Gewerbean- und ggf. -ummeldung, wenn keine Eintragungspflicht im Handels- bzw. Berufsregister besteht (Vorlage Kopie).

5.1.10. Zuschlagskriterien

Kriterium:

Art: Qualität

Bezeichnung: Wertung für die Leistung

Beschreibung: Kriterienkatalog

Kategorie des Gewicht-Zuschlagskriteriums: Gewichtung (Prozentanteil, genau)

Zuschlagskriterium — Zahl: 60

Kriterium:

Art: Preis

Bezeichnung: Preis

Beschreibung: Wertungspreis

Kategorie des Gewicht-Zuschlagskriteriums: Gewichtung (Prozentanteil, genau)

Zuschlagskriterium — Zahl: 40

5.1.11. Auftragsunterlagen

Sprachen, in denen die Auftragsunterlagen offiziell verfügbar sind: Deutsch

Internetadresse der Auftragsunterlagen: https://www.had.de/NetServer/TenderingProcedureDetails?function=_Details&TenderOID=54321-Tender-19ffa7d585d-75240cf569a37569

5.1.12. Bedingungen für die Auftragsvergabe

Bedingungen für die Einreichung:

Elektronische Einreichung: Zulässig

Adresse für die Einreichung: <https://www.had.de>

Sprachen, in denen Angebote oder Teilnahmeanträge eingereicht werden können: Deutsch

Elektronischer Katalog: Nicht zulässig

Varianten: Nicht zulässig

Die Bieter können mehrere Angebote einreichen: Zulässig

Frist für den Eingang der Angebote: 25/09/2026 10:00:00 (UTC+02:00) Osteuropäische Zeit, Mitteleuropäische Sommerzeit

Dauer, während der das Angebot gültig bleiben muss: 66 Tage

Informationen, die nach Ablauf der Einreichungsfrist ergänzt werden können:

Nach Ermessen des Käufers können alle fehlenden Bieterunterlagen nach Fristablauf nachgereicht werden.

Zusätzliche Informationen: § 56 VgV Prüfung der Interessensbestätigungen, Teilnahmeanträge und Angebote; Nachforderung von Unterlagen (1) Die Interessensbestätigungen, Teilnahmeanträge und Angebote sind auf Vollständigkeit und fachliche Richtigkeit, Angebote zudem auf rechnerische Richtigkeit zu prüfen. (2) Der öffentliche Auftraggeber kann den Bewerber oder Bieter unter Einhaltung der Grundsätze der Transparenz und der Gleichbehandlung auffordern, fehlende, unvollständige oder fehlerhafte unternehmensbezogene Unterlagen, insbesondere Eigenerklärungen, Angaben, Bescheinigungen oder sonstige Nachweise, nachzureichen, zu vervollständigen oder zu korrigieren, oder fehlende oder unvollständige leistungsbezogene Unterlagen nachzureichen oder zu vervollständigen. Der öffentliche Auftraggeber ist berechtigt, in der Auftragsbekanntmachung oder den Vergabeunterlagen festzulegen, dass er keine Unterlagen nachfordern wird. (3) Die Nachforderung von leistungsbezogenen Unterlagen, die die Wirtschaftlichkeitsbewertung der Angebote anhand der Zuschlagskriterien betreffen, ist ausgeschlossen. Dies gilt nicht für Preisangaben, wenn es sich um unwesentliche Einzelpositionen handelt, deren Einzelpreise den Gesamtpreis nicht verändern oder die Wertungsreihenfolge und den Wettbewerb nicht beeinträchtigen. (4) Die Unterlagen sind vom Bewerber oder Bieter nach Aufforderung durch den öffentlichen Auftraggeber innerhalb einer von diesem festzulegenden angemessenen, nach dem Kalender bestimmten Frist vorzulegen. (5) Die Entscheidung zur und das Ergebnis der Nachforderung sind zu dokumentieren.

Auftragsbedingungen:

Die Auftragsausführung muss im Rahmen von Programmen für geschützte Beschäftigungsverhältnisse erfolgen: Nein

Bedingungen für die Ausführung des Auftrags: Bieter müssen die Verpflichtungserklärungen zur Tariftreue und Mindestentgelt gemäß HVTG vom 12.07.2021 einreichen. Dies gilt nicht für Beschäftigte im EU-Ausland, die dort arbeiten. Erfassungsformulare für alle Erklärungen werden bereitgestellt. Entsprechende Formblätter sind verfügbar und sind mit dem Angebot einzureichen. Wenn diese Formblätter nicht bereits mit dem Angebot eingereicht worden, wird die Vergabestelle den Bestbieter vor Zuschlagserteilung auffordern, diese Erklärungen und Nachweise nach Aufforderung innerhalb einer Frist von mindestens 3 und höchstens 5 Werktagen, nachzureichen. Bei nicht fristgerechter Vorlage wird das Angebot von der weiteren Wertung ausgeschlossen.

Elektronische Rechnungsstellung: Zulässig

Aufträge werden elektronisch erteilt: nein

Zahlungen werden elektronisch geleistet: nein

5.1.15. Techniken

Rahmenvereinbarung:

Rahmenvereinbarung ohne erneuten Aufruf zum Wettbewerb

Höchstzahl der Teilnehmer: 1

Informationen über das dynamische Beschaffungssystem:

Kein dynamisches Beschaffungssystem

5.1.16. Weitere Informationen, Schlichtung und Nachprüfung

Überprüfungsstelle: Vergabekammer des Landes Hessen beim Regierungspräsidium Darmstadt

Informationen über die Überprüfungsfristen: Hinsichtlich der Fristen zur Einlegung von Rechtsbehelfen wird auf § 160 Abs. 3 des Gesetzes gegen Wettbewerbsbeschränkungen (GWB) verwiesen. § 160 Einleitung, Antrag (1) Die Vergabekammer leitet ein Nachprüfungsverfahren nur auf Antrag ein. (2) Antragsbefugt ist jedes Unternehmen, das ein Interesse an dem öffentlichen Auftrag oder der Konzession hat und eine Verletzung in seinen Rechten nach § 97 Absatz 6 durch Nichtbeachtung von Vergabevorschriften geltend macht. Dabei ist darzulegen, dass dem Unternehmen durch die behauptete Verletzung der Vergabevorschriften ein Schaden entstanden ist oder zu entstehen droht. (3) Der Antrag ist unzulässig, soweit: 1) der Antragsteller den geltend gemachten Verstoß gegen Vergabevorschriften vor Einreichen des Nachprüfungsantrags erkannt und gegenüber dem Auftraggeber nicht innerhalb einer Frist von 10 Kalendertagen gerügt hat; der Ablauf der Frist nach § 134 Absatz 2 bleibt unberührt, 2) Verstöße gegen Vergabevorschriften, die aufgrund der Bekanntmachung erkennbar sind, nicht spätestens bis zum Ablauf der in der Bekanntmachung benannten Frist zur Bewerbung oder zur Angebotsabgabe gegenüber dem Auftraggeber gerügt werden, 3) Verstöße gegen Vergabevorschriften, die erst in den Vergabeunterlagen erkennbar sind, nicht spätestens bis zum Ablauf der Frist zur Bewerbung oder zur Angebotsabgabe gegenüber dem Auftraggeber gerügt werden, 4) mehr als 15 Kalendertage nach Eingang der Mitteilung des Auftraggebers, einer Rüge nicht abhelfen zu wollen, vergangen sind. Satz 1 gilt nicht bei einem Antrag auf Feststellung der Unwirksamkeit des Vertrags nach § 135 Absatz 1 Nummer 2. § 134 Absatz 1 Satz 2 bleibt unberührt. Organisation, die Teilnahmeanträge entgegennimmt: ekom21 - Kommunales Gebietsrechenzentrum Hessen

5.1. Los: LOT-0002

Titel: DDoS-Mitigation-Lösung

Beschreibung: Der Ausschreibungsgegenstand des Loses 2 umfasst eine DDoS-Mitigation-Lösung. Der AUFTRAGGEBER benötigt eine Lösung zum Schutz gegen volumenbasierte Angriffe wie Denial-of-Service (DoS) oder Distributed-Denial-of-Service (DDoS) in Kombination mit einer redundanten und performanten Internetanbindung auf Basis eines Transit-Services. Die erforderliche Bereitstellung der Übergaberouter (als Leistungsübergabepunkt) sowie das entsprechende Management bzw. die Überwachung der Lösung gehören ebenfalls zum benötigten Leistungsumfang. Nähere Informationen siehe Leistungsbeschreibung zur fachspezifische Anforderungen Los 2. Der Höchstwert für dieses Loses ist auf insgesamt 3.000.000,00 Euro (netto) festgelegt.

Interne Kennung: LOT-0002

5.1.1. Zweck

Art des Auftrags: Dienstleistungen

Haupteinstufung (cpv): 72400000 Internetdienste

Optionen:

Beschreibung der Optionen: Die Auftraggeberin ist berechtigt, die Rahmenvereinbarung einmal um bis zu zwölf Monate zu verlängern. Die Option ist gegenüber dem Auftragnehmer mindestens in Textform zu erklären und hat die beabsichtigte Übergangszeit anzugeben.

5.1.2. Erfüllungsort

Stadt: Gießen

Postleitzahl: 35398

Land, Gliederung (NUTS): Gießen, Landkreis (DE721)

Land: Deutschland

Zusätzliche Informationen: Die Erfüllungsorte liegen am Sitz und am Standort der Abrufberechtigten/Bezugsberechtigten.

5.1.3. Geschätzte Dauer

Laufzeit: 48 Monate

5.1.5. Wert

Höchstwert der Rahmenvereinbarung: 3 000 000,00 EUR

5.1.6. Allgemeine Informationen

Vorbehaltene Teilnahme:

Teilnahme ist nicht vorbehalten.

Die Namen und beruflichen Qualifikationen des zur Auftragsausführung eingesetzten Personals sind anzugeben: Nicht erforderlich

Auftragsvergabeprojekt nicht aus EU-Mitteln finanziert

Die Beschaffung fällt unter das Übereinkommen über das öffentliche Beschaffungswesen: ja

Diese Auftragsvergabe ist auch für kleine und mittlere Unternehmen (KMU) geeignet: nein

5.1.7. Strategische Auftragsvergabe

Ziel der strategischen Auftragsvergabe: Keine strategische Beschaffung

5.1.9. Eignungskriterien

Quellen der Eignungskriterien: Bekanntmachung, Auftragsunterlagen

Kriterium: Referenzen zu bestimmten Arbeiten

Beschreibung des Eignungskriteriums: Erklärung zu geeigneten Referenzleistungen über früher ausgeführte Liefer- und Dienstleistungen die mit Bezug auf die ausgeschriebenen Leistungen Aufschluss über die technische und berufliche Leistungsfähigkeit geben [Eigenerklärung zu geeigneten Referenzen] mit. Zu jeder Referenz müssen mindestens folgende Angaben gemacht werden: — Kurzbezeichnung der Referenz, — vollständiger Name einschließlich Postadresse und Kontaktdaten des Auftraggebers (=Referenzauftraggeber), — Auftragswert, — öffentlicher oder privater Auftraggeber, — Leistungszeitraum (Liefer- bzw. Erbringungszeitpunkt), — termingerechter Projektabschluss, — Beschreibung des Leistungsanteils des Ausführenden am Referenzprojekt in Prozent, — Stellung des Ausführenden im Referenzprojekt (Alleinunternehmer, Generalunternehmer, Ressourcengeber, Mitglied einer Bietergemeinschaft, — Anzahl der für den Bewerber im Rahmen des Projektes tätigen Personen. Aus der Beschreibung der Referenz muss klar erkennbar sein, welche Leistungen der Bewerber, was Mitglied einer Bewerbergemeinschaft oder ein Dritter, auf dessen technische und berufliche Leistungsfähigkeit abgestellt wird, selbst durchgeführt hat. Die bloße untergeordnete Mitwirkung bzw. die Überwachung eines Referenzprojekts sind hierbei nicht ausreichend. Die vorzulegenden Referenzen müssen eindeutig demjenigen Unternehmen als Auftragnehmer/ Durchführungsverantwortlichen zugeordnet werden können, der sie zum Nachweis seiner technischen und beruflichen Leistungsfähigkeit mit dem Angebot vorlegt. Die Einreichung einer Bescheinigung des Referenzauftraggebers ist nicht erforderlich. Der Auftraggeber behält sich aber die Überprüfung der gemachten Angaben bei Referenzauftraggebern sowie eigene Ermittlungen vor, deren Ergebnisse Berücksichtigung im Rahmen der Eignungsprüfung berücksichtigt werden. Zu den geforderten Nachweisen werden für alle geforderten Erklärungen Erfassungsformulare zur Verfügung gestellt, die unter Beachtung der Ausfüllhinweise zu verwenden sind. Geforderte Eignungsnachweise (gem. §§ 122 ff. GWB, §§ 42 ff. VgV), die in Form anerkannter Präqualifikationsnachweise (u. a. HPQR) vorliegen, werden zugelassen und anerkannt, wenn die Präqualifikationsnachweise in Form und Inhalt den geforderten Eignungsnachweisen entsprechen. Mindestanforderungen: Die Referenzprojekte müssen: • innerhalb der letzten fünf Jahre produktiv betrieben worden sein, • eine Mindestvertrags- oder Betriebsdauer von zwölf Monaten aufweisen, • Leistungen für Behörden, öffentliche

Auftraggeber, KRITIS-Betreiber oder vergleichbare Organisationen mit verteilten Standorten umfassen, • Managed-Service-Leistungen einschließlich Implementierung, Betrieb, Entstörung und Service-Management beinhaltet haben, • durch den jeweiligen Referenzkunden auf Anfrage bestätigt werden können. Anforderungen an die Referenzen je Los: Los 1: Der Bieter weist durch mindestens drei Referenzprojekte Erfahrungen in der Planung, Implementierung und dem Betrieb von Standortvernetzungslösungen für Organisationen mit mehreren Standorten nach. Jede Referenz muss mindestens 20 vernetzte Standorte umfassen. Die Leistungen müssen den Betrieb eines Weitverkehrsnetzes (WAN), die Bereitstellung von Leistungsübergabepunkten sowie Service- und Entstörungsleistungen umfasst haben. Los 2: Der Bieter weist durch mindestens drei Referenzprojekte Erfahrungen in der Bereitstellung und dem Betrieb von DDoS-Schutzdiensten für Internetanbindungen von Organisationen mit erhöhten Anforderungen an Verfügbarkeit und Informationssicherheit nach. Die Referenzprojekte müssen einen dauerhaft betriebenen DDoS-Schutzservice einschließlich Erkennung, Analyse und Einleitung von Gegenmaßnahmen umfasst haben. Mindestens eine Referenz soll den Schutz einer zentralen Internetanbindung eines öffentlichen Auftraggebers, KRITIS-Betreibers oder einer vergleichbaren Organisation dokumentieren. Los 3: Der Bieter weist durch mindestens drei Referenzprojekte Erfahrungen in der Bereitstellung und dem Betrieb von Satelliteninternetanschlüssen für gewerbliche, kommunale oder öffentliche Auftraggeber nach. Jede Referenz muss die Anbindung von mindestens 10 Standorten umfassen und Leistungen wie Planung, Installation, Inbetriebnahme sowie den laufenden Servicebetrieb enthalten haben. Referenzen für temporäre oder ausschließlich private Endkundenanschlüsse sind nicht ausreichend.

Kriterium: Relevante Bildungs- und Berufsqualifikationen

Beschreibung des Eignungskriteriums: Der AUFTRAGNEHMER DARF NUR solche Fachkräfte einsetzen, die vertrauenswürdig und den gestellten Aufgaben gewachsen sind sowie die notwendigen Fach- und Landeskenntnisse besitzen. Der AUFTRAGNEHMER MUSS sicherstellen, dass die eingesetzten Fachkräfte über die vertraglichen Regelungen zur Informationssicherheit (siehe Kapitel 2.1) angemessen unterrichtet sind. Die Fachkräfte MÜSSEN mit dem AUFTRAGGEBER in deutscher Sprache (Gemeinsamer Europäischer Referenzrahmen für Sprachen mindestens Niveau C1) kommunizieren. Dabei wird zwischen den folgenden Aufgabenbereichen bzw. Qualifikationsstufen der Mitarbeiter unterschieden: • Systemingenieur / Projektleiter • Beispielhafte Tätigkeiten: Projektmanagement, Planung der Gesamtlösung und Service Level Management • Qualifikation: i.d.R. Hochschulabschluss oder Fachabschluss im Bereich Nachrichtentechnik, min. 3 Jahre Berufserfahrung, Erfahrung als Systemingenieur / Projektleiter, Lösungskompetenz in Fachfragestellungen und Teamfähigkeit • Systemspezialist • Beispielhafte Tätigkeiten: Planung und Durchführung der Inbetriebnahme, Systemkonfiguration und Administration sowie Inbetriebnahme der angebotenen Komponenten • Qualifikation: mind. 1-3 Jahre Berufserfahrung, Erfahrung als Systemspezialist für die angebotene Hard- und Software, Lösungskompetenz in Administrationsfragestellungen und Teamfähigkeit • DDoS-Analyst (nur Los 2) • Beispielhafte Tätigkeiten: Analysieren von erkannten oder gemeldeten volumenbasierten Angriffen wie Denial-of-Service (DoS) oder Distributed-Denial-of-Service (DdoS) auf die IP-Netze des AUFTRAGGEBERS • Qualifikation: mind. 3 Jahre Berufserfahrung, Erfahrung als Netzwerkspezialist bei Internet-Service-Providern, Lösungskompetenz in Fachfragestellungen sowie Kommunikations- und Teamfähigkeit

Kriterium: Durchschnittliche jährliche Belegschaft

Beschreibung des Eignungskriteriums: Eigenerklärung aus der die durchschnittliche jährliche Anzahl der fest angestellten Beschäftigten des Unternehmens in den letzten drei Jahren

ersichtlich ist [Eigenerklärung zur Personenkenzzahlen]. Mindestanforderungen für Lose 1, 2 und 3: Gesamtbeschäftigtenanzahl von 100 Mitarbeitenden.

Kriterium: Informationssicherheit

Beschreibung des Eignungskriteriums: [Eigenerklärung zum Informations-Sicherheits-Managementsystem] Eigenerklärung, aus der ersichtlich ist, welche Maßnahmen zum Informations-Sicherheits-Managementsystem im Unternehmen für die ausschreibungsrelevanten Bereiche angewendet werden (Erfassungsformular - "Erklärung Informations-Sicherheits-Managementsystem"). Der AUFTRAGNEHMER MUSS über ein angemessenes, dokumentiertes und implementiertes Informations-Sicherheits-Management-System (ISMS) verfügen, das dem Standard ISO/IEC 27001:2022 (bzw. aktuelle Folgeversionen) oder vergleichbar entspricht. Das ISMS MUSS die zu erbringende Leistung inklusive der zu verarbeitenden Informationen mit den dazu notwendigen infrastrukturellen, organisatorischen, personellen und technischen Komponenten umfassen. Entspricht das ISMS noch dem Vorgängerstandard von 2017, so MUSS der AUFTRAGNEHMER einen Zeitplan benennen können, nach welchem die Zertifizierung auf die neue Version angehoben wird.

Kriterium: Berufliche Risikohaftpflichtversicherung

Beschreibung des Eignungskriteriums: Erklärung des Unternehmens, dass für den Fall des Zuschlags eine Berufs- oder Betriebshaftpflichtversicherung mit den aufgestellten Mindeststandards für die Dauer der Vertragslaufzeit abgeschlossen wird bzw. - falls bereits vorhanden - eine solche besteht und für die Dauer der Auftragsausführung aufrechterhalten wird [Eigenerklärung zur Berufs- oder Betriebshaftpflichtversicherung]. Erforderlicher Mindestversicherungsschutz von 1,5 Mio. Euro für Personen- und Sachschäden und 1 Mio. Euro für Vermögensschäden jeweils bei zumindest doppelter Jahreshöchstleistung.

Kriterium: Andere wirtschaftliche oder finanzielle Anforderungen

Beschreibung des Eignungskriteriums: Eigenerklärung zum Unternehmen mit aussagekräftiger Darstellung des Unternehmens insbesondere im Hinblick auf den ausgeschriebenen Auftrag (Kenndaten und Kennzahlen, aktuelle Geschäftsbereiche, Tätigkeitsfelder und Marktpositionierung etc.) [Eigenerklärung zum Unternehmen].

Kriterium: Durchschnittlicher Jahresumsatz

Beschreibung des Eignungskriteriums: Erklärung über den Gesamtumsatz des Unternehmens sowie den Umsatz im Tätigkeitsbereich des ausgeschriebenen Auftrags, jeweils bezogen auf die letzten drei Geschäftsjahre [Eigenerklärung zum Umsatz]. Mindestanforderungen für Lose 1, 2 und 3: Erforderlich ist ein Durchschnittsumsatz in den letzten drei Jahren von mindestens: 600.000. Euro (netto).

Kriterium: Eintragung in das Handelsregister

Beschreibung des Eignungskriteriums: Erklärung des Unternehmens, zur Befähigung und Erlaubnis zur Berufsausübung nach § 44 VgV [Eigenerklärung Befähigung und Erlaubnis zur Berufsausübung]. Nachweis der Eintragung im Berufs- oder Handelsregister, ggf. eidesstattliche Erklärung oder vergleichbare Bescheinigung einer Behörde des Mitgliedsstaates, in dem der Bewerber ansässig ist (Vorlage Kopie). Gewerbean- und ggf. -ummeldung, wenn keine Eintragungspflicht im Handels- bzw. Berufsregister besteht (Vorlage Kopie).

5.1.10. Zuschlagskriterien

Kriterium:

Art: Qualität

Bezeichnung: Wertung für die Leistung

Beschreibung: Kriterienkatalog

Kategorie des Gewicht-Zuschlagskriteriums: Gewichtung (Prozentanteil, genau)

Zuschlagskriterium — Zahl: 60

Kriterium:

Art: Preis

Bezeichnung: Preis

Beschreibung: Wertungspreis

Kategorie des Gewicht-Zuschlagskriteriums: Gewichtung (Prozentanteil, genau)

Zuschlagskriterium — Zahl: 40

5.1.11. Auftragsunterlagen

Sprachen, in denen die Auftragsunterlagen offiziell verfügbar sind: Deutsch

Internetadresse der Auftragsunterlagen: https://www.had.de/NetServer/TenderingProcedureDetails?function=_Details&TenderOID=54321-Tender-19ffa7d585d-75240cf569a37569

5.1.12. Bedingungen für die Auftragsvergabe**Bedingungen für die Einreichung:**

Elektronische Einreichung: Zulässig

Adresse für die Einreichung: <https://www.had.de>

Sprachen, in denen Angebote oder Teilnahmeanträge eingereicht werden können: Deutsch

Elektronischer Katalog: Nicht zulässig

Varianten: Nicht zulässig

Die Bieter können mehrere Angebote einreichen: Zulässig

Frist für den Eingang der Angebote: 25/09/2026 10:00:00 (UTC+02:00) Osteuropäische Zeit, Mitteleuropäische Sommerzeit

Dauer, während der das Angebot gültig bleiben muss: 66 Tage

Informationen, die nach Ablauf der Einreichungsfrist ergänzt werden können:

Nach Ermessen des Käufers können alle fehlenden Bieterunterlagen nach Fristablauf nachgereicht werden.

Zusätzliche Informationen: § 56 VgV Prüfung der Interessensbestätigungen,

Teilnahmeanträge und Angebote; Nachforderung von Unterlagen (1) Die

Interessensbestätigungen, Teilnahmeanträge und Angebote sind auf Vollständigkeit und

fachliche Richtigkeit, Angebote zudem auf rechnerische Richtigkeit zu prüfen. (2) Der

öffentliche Auftraggeber kann den Bewerber oder Bieter unter Einhaltung der Grundsätze der

Transparenz und der Gleichbehandlung auffordern, fehlende, unvollständige oder fehlerhafte

unternehmensbezogene Unterlagen, insbesondere Eigenerklärungen, Angaben,

Bescheinigungen oder sonstige Nachweise, nachzureichen, zu vervollständigen oder zu

korrigieren, oder fehlende oder unvollständige leistungsbezogene Unterlagen nachzureichen

oder zu vervollständigen. Der öffentliche Auftraggeber ist berechtigt, in der

Auftragsbekanntmachung oder den Vergabeunterlagen festzulegen, dass er keine Unterlagen

nachfordern wird. (3) Die Nachforderung von leistungsbezogenen Unterlagen, die die

Wirtschaftlichkeitsbewertung der Angebote anhand der Zuschlagskriterien betreffen, ist

ausgeschlossen. Dies gilt nicht für Preisangaben, wenn es sich um unwesentliche

Einzelpositionen handelt, deren Einzelpreise den Gesamtpreis nicht verändern oder die

Wertungsreihenfolge und den Wettbewerb nicht beeinträchtigen. (4) Die Unterlagen sind vom

Bewerber oder Bieter nach Aufforderung durch den öffentlichen Auftraggeber innerhalb einer

von diesem festzulegenden angemessenen, nach dem Kalender bestimmten Frist vorzulegen.
(5) Die Entscheidung zur und das Ergebnis der Nachforderung sind zu dokumentieren.

Auftragsbedingungen:

Die Auftragsausführung muss im Rahmen von Programmen für geschützte Beschäftigungsverhältnisse erfolgen: Nein

Bedingungen für die Ausführung des Auftrags: Bieter müssen die Verpflichtungserklärungen zur Tariftreue und Mindestentgelt gemäß HVTG vom 12.07.2021 einreichen. Dies gilt nicht für Beschäftigte im EU-Ausland, die dort arbeiten. Erfassungsformulare für alle Erklärungen werden bereitgestellt. Entsprechende Formblätter sind verfügbar und sind mit dem Angebot einzureichen. Wenn diese Formblätter nicht bereits mit dem Angebot eingereicht worden, wird die Vergabestelle den Bestbieter vor Zuschlagserteilung auffordern, diese Erklärungen und Nachweise nach Aufforderung innerhalb einer Frist von mindestens 3 und höchstens 5 Werktagen, nachzureichen. Bei nicht fristgerechter Vorlage wird das Angebot von der weiteren Wertung ausgeschlossen.

Elektronische Rechnungsstellung: Zulässig

Aufträge werden elektronisch erteilt: nein

Zahlungen werden elektronisch geleistet: nein

5.1.15. Techniken

Rahmenvereinbarung:

Rahmenvereinbarung ohne erneuten Aufruf zum Wettbewerb

Höchstzahl der Teilnehmer: 1

Informationen über das dynamische Beschaffungssystem:

Kein dynamisches Beschaffungssystem

5.1.16. Weitere Informationen, Schlichtung und Nachprüfung

Überprüfungsstelle: Vergabekammer des Landes Hessen beim Regierungspräsidium Darmstadt

Informationen über die Überprüfungsfristen: Hinsichtlich der Fristen zur Einlegung von Rechtsbehelfen wird auf § 160 Abs. 3 des Gesetzes gegen Wettbewerbsbeschränkungen (GWB) verwiesen. § 160 Einleitung, Antrag (1) Die Vergabekammer leitet ein Nachprüfungsverfahren nur auf Antrag ein. (2) Antragsbefugt ist jedes Unternehmen, das ein Interesse an dem öffentlichen Auftrag oder der Konzession hat und eine Verletzung in seinen Rechten nach § 97 Absatz 6 durch Nichtbeachtung von Vergabevorschriften geltend macht. Dabei ist darzulegen, dass dem Unternehmen durch die behauptete Verletzung der Vergabevorschriften ein Schaden entstanden ist oder zu entstehen droht. (3) Der Antrag ist unzulässig, soweit: 1) der Antragsteller den geltend gemachten Verstoß gegen Vergabevorschriften vor Einreichen des Nachprüfungsantrags erkannt und gegenüber dem Auftraggeber nicht innerhalb einer Frist von 10 Kalendertagen gerügt hat; der Ablauf der Frist nach § 134 Absatz 2 bleibt unberührt, 2) Verstöße gegen Vergabevorschriften, die aufgrund der Bekanntmachung erkennbar sind, nicht spätestens bis zum Ablauf der in der Bekanntmachung benannten Frist zur Bewerbung oder zur Angebotsabgabe gegenüber dem Auftraggeber gerügt werden, 3) Verstöße gegen Vergabevorschriften, die erst in den Vergabeunterlagen erkennbar sind, nicht spätestens bis zum Ablauf der Frist zur Bewerbung oder zur Angebotsabgabe gegenüber dem Auftraggeber gerügt werden, 4) mehr als 15 Kalendertage nach Eingang der Mitteilung des Auftraggebers, einer Rüge nicht abhelfen zu wollen, vergangen sind. Satz 1 gilt nicht bei einem Antrag auf Feststellung der Unwirksamkeit des Vertrags nach § 135 Absatz 1 Nummer 2. § 134 Absatz 1 Satz 2 bleibt unberührt.

Organisation, die Teilnahmeanträge entgegennimmt: ekom21 - Kommunales Gebietsrechenzentrum Hessen

5.1. Los: LOT-0003

Titel: Satelliteninternet

Beschreibung: Der Ausschreibungsgegenstand des Loses 3 umfasst das Satelliteninternet. Der Auftraggeber verfügt heute noch nicht über Standorte, die per Satellit an das öffentliche Internet angebunden sind. Es gibt jedoch von den Endkunden des Auftraggebers Anfragen, die eine entsprechende Ausstattung erfordern. Nähere Informationen siehe Leistungsbeschreibung zur fachspezifische Anforderungen Los 3. Der Höchstwert für dieses Loses ist auf insgesamt 300.000,00 Euro (netto) festgelegt.

Interne Kennung: LOT-0003

5.1.1. Zweck

Art des Auftrags: Dienstleistungen

Haupteinstufung (cpv): 72400000 Internetdienste

Optionen:

Beschreibung der Optionen: Die Auftraggeberin ist berechtigt, die Rahmenvereinbarung einmal um bis zu zwölf Monate zu verlängern. Die Option ist gegenüber dem Auftragnehmer mindestens in Textform zu erklären und hat die beabsichtigte Übergangszeit anzugeben.

5.1.2. Erfüllungsort

Stadt: Gießen

Postleitzahl: 35398

Land, Gliederung (NUTS): Gießen, Landkreis (DE721)

Land: Deutschland

Zusätzliche Informationen: Die Erfüllungsorte liegen am Sitz und am Standort der Abrufberechtigten/Bezugsberechtigten.

5.1.3. Geschätzte Dauer

Laufzeit: 48 Monate

5.1.5. Wert

Höchstwert der Rahmenvereinbarung: 300 000,00 EUR

5.1.6. Allgemeine Informationen

Vorbehaltene Teilnahme:

Teilnahme ist nicht vorbehalten.

Die Namen und beruflichen Qualifikationen des zur Auftragsausführung eingesetzten Personals sind anzugeben: Nicht erforderlich

Auftragsvergabeprojekt nicht aus EU-Mitteln finanziert

Die Beschaffung fällt unter das Übereinkommen über das öffentliche Beschaffungswesen: ja
Diese Auftragsvergabe ist auch für kleine und mittlere Unternehmen (KMU) geeignet: nein

5.1.7. Strategische Auftragsvergabe

Ziel der strategischen Auftragsvergabe: Keine strategische Beschaffung

5.1.9. Eignungskriterien

Quellen der Eignungskriterien: Bekanntmachung, Auftragsunterlagen

Kriterium: Referenzen zu bestimmten Arbeiten

Beschreibung des Eignungskriteriums: Erklärung zu geeigneten Referenzleistungen über früher ausgeführte Liefer- und Dienstleistungen die mit Bezug auf die ausgeschriebenen Leistungen Aufschluss über die technische und berufliche Leistungsfähigkeit geben
[Eigenerklärung zu geeigneten Referenzen] mit. Zu jeder Referenz müssen mindestens

folgende Angaben gemacht werden: — Kurzbezeichnung der Referenz, — vollständiger Name einschließlich Postadresse und Kontaktdaten des Auftraggebers (=Referenzauftraggeber), — Auftragswert, — öffentlicher oder privater Auftraggeber, — Leistungszeitraum (Liefer- bzw. Erbringungszeitpunkt), — termingerechter Projektabschluss, — Beschreibung des Leistungsanteils des Ausführenden am Referenzprojekt in Prozent, — Stellung des Ausführenden im Referenzprojekt (Alleinunternehmer, Generalunternehmer, Ressourcengeber, Mitglied einer Bietergemeinschaft, — Anzahl der für den Bewerber im Rahmen des Projektes tätigen Personen. Aus der Beschreibung der Referenz muss klar erkennbar sein, welche Leistungen der Bewerber, was Mitglied einer Bewerbergemeinschaft oder ein Dritter, auf dessen technische und berufliche Leistungsfähigkeit abgestellt wird, selbst durchgeführt hat. Die bloße untergeordnete Mitwirkung bzw. die Überwachung eines Referenzprojekts sind hierbei nicht ausreichend. Die vorzulegenden Referenzen müssen eindeutig demjenigen Unternehmen als Auftragnehmer/ Durchführungsverantwortlichen zugeordnet werden können, der sie zum Nachweis seiner technischen und beruflichen Leistungsfähigkeit mit dem Angebot vorlegt. Die Einreichung einer Bescheinigung des Referenzauftraggebers ist nicht erforderlich. Der Auftraggeber behält sich aber die Überprüfung der gemachten Angaben bei Referenzauftraggebern sowie eigene Ermittlungen vor, deren Ergebnisse Berücksichtigung im Rahmen der Eignungsprüfung berücksichtigt werden. Zu den geforderten Nachweisen werden für alle geforderten Erklärungen Erfassungsformulare zur Verfügung gestellt, die unter Beachtung der Ausfüllhinweise zu verwenden sind. Geforderte Eignungsnachweise (gem. §§ 122 ff. GWB, §§ 42 ff. VgV), die in Form anerkannter Präqualifikationsnachweise (u. a. HPQR) vorliegen, werden zugelassen und anerkannt, wenn die Präqualifikationsnachweise in Form und Inhalt den geforderten Eignungsnachweisen entsprechen. Mindestanforderungen: Die Referenzprojekte müssen: • innerhalb der letzten fünf Jahre produktiv betrieben worden sein, • eine Mindestvertrags- oder Betriebsdauer von zwölf Monaten aufweisen, • Leistungen für Behörden, öffentliche Auftraggeber, KRITIS-Betreiber oder vergleichbare Organisationen mit verteilten Standorten umfassen, • Managed-Service-Leistungen einschließlich Implementierung, Betrieb, Entstörung und Service-Management beinhaltet haben, • durch den jeweiligen Referenzkunden auf Anfrage bestätigt werden können. Anforderungen an die Referenzen je Los: Los 1: Der Bieter weist durch mindestens drei Referenzprojekte Erfahrungen in der Planung, Implementierung und dem Betrieb von Standortvernetzungslösungen für Organisationen mit mehreren Standorten nach. Jede Referenz muss mindestens 20 vernetzte Standorte umfassen. Die Leistungen müssen den Betrieb eines Weitverkehrsnetzes (WAN), die Bereitstellung von Leistungsübergabepunkten sowie Service- und Entstörungsleistungen umfasst haben. Los 2: Der Bieter weist durch mindestens drei Referenzprojekte Erfahrungen in der Bereitstellung und dem Betrieb von DDoS-Schutzdiensten für Internetanbindungen von Organisationen mit erhöhten Anforderungen an Verfügbarkeit und Informationssicherheit nach. Die Referenzprojekte müssen einen dauerhaft betriebenen DDoS-Schutzservice einschließlich Erkennung, Analyse und Einleitung von Gegenmaßnahmen umfasst haben. Mindestens eine Referenz soll den Schutz einer zentralen Internetanbindung eines öffentlichen Auftraggebers, KRITIS-Betreibers oder einer vergleichbaren Organisation dokumentieren. Los 3: Der Bieter weist durch mindestens drei Referenzprojekte Erfahrungen in der Bereitstellung und dem Betrieb von Satelliteninternetanschlüssen für gewerbliche, kommunale oder öffentliche Auftraggeber nach. Jede Referenz muss die Anbindung von mindestens 10 Standorten umfassen und Leistungen wie Planung, Installation, Inbetriebnahme sowie den laufenden Servicebetrieb enthalten haben. Referenzen für temporäre oder ausschließlich private Endkundenanschlüsse sind nicht ausreichend.

Kriterium: Relevante Bildungs- und Berufsqualifikationen

Beschreibung des Eignungskriteriums: Der AUFTRAGNEHMER DARF NUR solche Fachkräfte einsetzen, die vertrauenswürdig und den gestellten Aufgaben gewachsen sind sowie die notwendigen Fach- und Landeskenntnisse besitzen. Der AUFTRAGNEHMER MUSS sicherstellen, dass die eingesetzten Fachkräfte über die vertraglichen Regelungen zur Informationssicherheit (siehe Kapitel 2.1) angemessen unterrichtet sind. Die Fachkräfte MÜSSEN mit dem AUFTRAGGEBER in deutscher Sprache (Gemeinsamer Europäischer Referenzrahmen für Sprachen mindestens Niveau C1) kommunizieren. Dabei wird zwischen den folgenden Aufgabenbereichen bzw. Qualifikationsstufen der Mitarbeiter unterschieden: • Systemingenieur / Projektleiter • Beispielhafte Tätigkeiten: Projektmanagement, Planung der Gesamtlösung und Service Level Management • Qualifikation: i.d.R. Hochschulabschluss oder Fachabschluss im Bereich Nachrichtentechnik, min. 3 Jahre Berufserfahrung, Erfahrung als Systemingenieur / Projektleiter, Lösungskompetenz in Fachfragestellungen und Teamfähigkeit • Systemspezialist • Beispielhafte Tätigkeiten: Planung und Durchführung der Inbetriebnahme, Systemkonfiguration und Administration sowie Inbetriebnahme der angebotenen Komponenten • Qualifikation: mind. 1-3 Jahre Berufserfahrung, Erfahrung als Systemspezialist für die angebotene Hard- und Software, Lösungskompetenz in Administrationsfragestellungen und Teamfähigkeit • DDoS-Analyst (nur Los 2) • Beispielhafte Tätigkeiten: Analysieren von erkannten oder gemeldeten volumenbasierten Angriffen wie Denial-of-Service (DoS) oder Distributed-Denial-of-Service (DdoS) auf die IP-Netze des AUFTRAGGEBERS • Qualifikation: mind. 3 Jahre Berufserfahrung, Erfahrung als Netzwerkspezialist bei Internet-Service-Providern, Lösungskompetenz in Fachfragestellungen sowie Kommunikations- und Teamfähigkeit

Kriterium: Durchschnittliche jährliche Belegschaft

Beschreibung des Eignungskriteriums: Eigenerklärung aus der die durchschnittliche jährliche Anzahl der fest angestellten Beschäftigten des Unternehmens in den letzten drei Jahren ersichtlich ist [Eigenerklärung zur Personenkenzzahlen]. Mindestanforderungen für Lose 1, 2 und 3: Gesamtbeschäftigtenanzahl von 100 Mitarbeitenden.

Kriterium: Informationssicherheit

Beschreibung des Eignungskriteriums: [Eigenerklärung zum Informations-Sicherheits-Managementsystem] Eigenerklärung, aus der ersichtlich ist, welche Maßnahmen zum Informations-Sicherheits-Managementsystem im Unternehmen für die ausschreibungsrelevanten Bereiche angewendet werden (Erfassungsformular - "Erklärung Informations-Sicherheits-Managementsystem"). Der AUFTRAGNEHMER MUSS über ein angemessenes, dokumentiertes und implementiertes Informations-Sicherheits-Management-System (ISMS) verfügen, das dem Standard ISO/IEC 27001:2022 (bzw. aktuelle Folgeversionen) oder vergleichbar entspricht. Das ISMS MUSS die zu erbringende Leistung inklusive der zu verarbeitenden Informationen mit den dazu notwendigen infrastrukturellen, organisatorischen, personellen und technischen Komponenten umfassen. Entspricht das ISMS noch dem Vorgängerstandard von 2017, so MUSS der AUFTRAGNEHMER einen Zeitplan benennen können, nach welchem die Zertifizierung auf die neue Version angehoben wird.

Kriterium: Berufliche Risikohaftpflichtversicherung

Beschreibung des Eignungskriteriums: Erklärung des Unternehmens, dass für den Fall des Zuschlags eine Berufs- oder Betriebshaftpflichtversicherung mit den aufgestellten Mindeststandards für die Dauer der Vertragslaufzeit abgeschlossen wird bzw. - falls bereits vorhanden - eine solche besteht und für die Dauer der Auftragsausführung aufrechterhalten wird [Eigenerklärung zur Berufs- oder Betriebshaftpflichtversicherung]. Erforderlicher

Mindestversicherungsschutz von 1,5 Mio. Euro für Personen- und Sachschäden und 1 Mio. Euro für Vermögensschäden jeweils bei zumindest doppelter Jahreshöchstleistung.

Kriterium: Andere wirtschaftliche oder finanzielle Anforderungen

Beschreibung des Eignungskriteriums: Eigenerklärung zum Unternehmen mit aussagekräftiger Darstellung des Unternehmens insbesondere im Hinblick auf den ausgeschriebenen Auftrag (Kenndaten und Kennzahlen, aktuelle Geschäftsbereiche, Tätigkeitsfelder und Marktpositionierung etc.) [Eigenerklärung zum Unternehmen].

Kriterium: Durchschnittlicher Jahresumsatz

Beschreibung des Eignungskriteriums: Erklärung über den Gesamtumsatz des Unternehmens sowie den Umsatz im Tätigkeitsbereich des ausgeschriebenen Auftrags, jeweils bezogen auf die letzten drei Geschäftsjahre [Eigenerklärung zum Umsatz]. Mindestanforderungen für Lose 1, 2 und 3: Erforderlich ist ein Durchschnittsumsatz in den letzten drei Jahren von mindestens: 600.000. Euro (netto).

Kriterium: Eintragung in das Handelsregister

Beschreibung des Eignungskriteriums: Erklärung des Unternehmens, zur Befähigung und Erlaubnis zur Berufsausübung nach § 44 VgV [Eigenerklärung Befähigung und Erlaubnis zur Berufsausübung]. Nachweis der Eintragung im Berufs- oder Handelsregister, ggf. eidesstattliche Erklärung oder vergleichbare Bescheinigung einer Behörde des Mitgliedsstaates, in dem der Bewerber ansässig ist (Vorlage Kopie). Gewerbean- und ggf. -ummeldung, wenn keine Eintragungspflicht im Handels- bzw. Berufsregister besteht (Vorlage Kopie).

5.1.10. Zuschlagskriterien

Kriterium:

Art: Qualität

Bezeichnung: Wertung für die Leistung

Beschreibung: Kriterienkatalog

Kategorie des Gewicht-Zuschlagskriteriums: Gewichtung (Prozentanteil, genau)

Zuschlagskriterium — Zahl: 40

Kriterium:

Art: Preis

Bezeichnung: Preis

Beschreibung: Wertungspreis

Kategorie des Gewicht-Zuschlagskriteriums: Gewichtung (Prozentanteil, genau)

Zuschlagskriterium — Zahl: 60

5.1.11. Auftragsunterlagen

Sprachen, in denen die Auftragsunterlagen offiziell verfügbar sind: Deutsch

Internetadresse der Auftragsunterlagen: https://www.had.de/NetServer/TenderingProcedureDetails?function=_Details&TenderOID=54321-Tender-19ffa7d585d-75240cf569a37569

5.1.12. Bedingungen für die Auftragsvergabe

Bedingungen für die Einreichung:

Elektronische Einreichung: Zulässig

Adresse für die Einreichung: <https://www.had.de>

Sprachen, in denen Angebote oder Teilnahmeanträge eingereicht werden können: Deutsch

Elektronischer Katalog: Nicht zulässig

Varianten: Nicht zulässig

Die Bieter können mehrere Angebote einreichen: Zulässig

Frist für den Eingang der Angebote: 25/09/2026 10:00:00 (UTC+02:00) Osteuropäische Zeit, Mitteleuropäische Sommerzeit

Dauer, während der das Angebot gültig bleiben muss: 66 Tage

Informationen, die nach Ablauf der Einreichungsfrist ergänzt werden können:

Nach Ermessen des Käufers können alle fehlenden Bieterunterlagen nach Fristablauf nachgereicht werden.

Zusätzliche Informationen: § 56 VgV Prüfung der Interessensbestätigungen, Teilnahmeanträge und Angebote; Nachforderung von Unterlagen (1) Die Interessensbestätigungen, Teilnahmeanträge und Angebote sind auf Vollständigkeit und fachliche Richtigkeit, Angebote zudem auf rechnerische Richtigkeit zu prüfen. (2) Der öffentliche Auftraggeber kann den Bewerber oder Bieter unter Einhaltung der Grundsätze der Transparenz und der Gleichbehandlung auffordern, fehlende, unvollständige oder fehlerhafte unternehmensbezogene Unterlagen, insbesondere Eigenerklärungen, Angaben, Bescheinigungen oder sonstige Nachweise, nachzureichen, zu vervollständigen oder zu korrigieren, oder fehlende oder unvollständige leistungsbezogene Unterlagen nachzureichen oder zu vervollständigen. Der öffentliche Auftraggeber ist berechtigt, in der Auftragsbekanntmachung oder den Vergabeunterlagen festzulegen, dass er keine Unterlagen nachfordern wird. (3) Die Nachforderung von leistungsbezogenen Unterlagen, die die Wirtschaftlichkeitsbewertung der Angebote anhand der Zuschlagskriterien betreffen, ist ausgeschlossen. Dies gilt nicht für Preisangaben, wenn es sich um unwesentliche Einzelpositionen handelt, deren Einzelpreise den Gesamtpreis nicht verändern oder die Wertungsreihenfolge und den Wettbewerb nicht beeinträchtigen. (4) Die Unterlagen sind vom Bewerber oder Bieter nach Aufforderung durch den öffentlichen Auftraggeber innerhalb einer von diesem festzulegenden angemessenen, nach dem Kalender bestimmten Frist vorzulegen. (5) Die Entscheidung zur und das Ergebnis der Nachforderung sind zu dokumentieren.

Auftragsbedingungen:

Die Auftragsausführung muss im Rahmen von Programmen für geschützte

Beschäftigungsverhältnisse erfolgen: Nein

Bedingungen für die Ausführung des Auftrags: Bieter müssen die Verpflichtungserklärungen zur Tariftreue und Mindestentgelt gemäß HVTG vom 12.07.2021 einreichen. Dies gilt nicht für Beschäftigte im EU-Ausland, die dort arbeiten. Erfassungsformulare für alle Erklärungen werden bereitgestellt. Entsprechende Formblätter sind verfügbar und sind mit dem Angebot einzureichen. Wenn diese Formblätter nicht bereits mit dem Angebot eingereicht worden, wird die Vergabestelle den Bestbieter vor Zuschlagserteilung auffordern, diese Erklärungen und Nachweise nach Aufforderung innerhalb einer Frist von mindestens 3 und höchstens 5 Werktagen, nachzureichen. Bei nicht fristgerechter Vorlage wird das Angebot von der weiteren Wertung ausgeschlossen.

Elektronische Rechnungsstellung: Zulässig

Aufträge werden elektronisch erteilt: nein

Zahlungen werden elektronisch geleistet: nein

5.1.15. Techniken

Rahmenvereinbarung:

Rahmenvereinbarung ohne erneuten Aufruf zum Wettbewerb

Höchstzahl der Teilnehmer: 1

Informationen über das dynamische Beschaffungssystem:

Kein dynamisches Beschaffungssystem

5.1.16. Weitere Informationen, Schlichtung und Nachprüfung

Überprüfungsstelle: Vergabekammer des Landes Hessen beim Regierungspräsidium Darmstadt

Informationen über die Überprüfungsfristen: Hinsichtlich der Fristen zur Einlegung von Rechtsbehelfen wird auf § 160 Abs. 3 des Gesetzes gegen Wettbewerbsbeschränkungen (GWB) verwiesen. § 160 Einleitung, Antrag (1) Die Vergabekammer leitet ein Nachprüfungsverfahren nur auf Antrag ein. (2) Antragsbefugt ist jedes Unternehmen, das ein Interesse an dem öffentlichen Auftrag oder der Konzession hat und eine Verletzung in seinen Rechten nach § 97 Absatz 6 durch Nichtbeachtung von Vergabevorschriften geltend macht. Dabei ist darzulegen, dass dem Unternehmen durch die behauptete Verletzung der Vergabevorschriften ein Schaden entstanden ist oder zu entstehen droht. (3) Der Antrag ist unzulässig, soweit: 1) der Antragsteller den geltend gemachten Verstoß gegen Vergabevorschriften vor Einreichen des Nachprüfungsantrags erkannt und gegenüber dem Auftraggeber nicht innerhalb einer Frist von 10 Kalendertagen gerügt hat; der Ablauf der Frist nach § 134 Absatz 2 bleibt unberührt, 2) Verstöße gegen Vergabevorschriften, die aufgrund der Bekanntmachung erkennbar sind, nicht spätestens bis zum Ablauf der in der Bekanntmachung benannten Frist zur Bewerbung oder zur Angebotsabgabe gegenüber dem Auftraggeber gerügt werden, 3) Verstöße gegen Vergabevorschriften, die erst in den Vergabeunterlagen erkennbar sind, nicht spätestens bis zum Ablauf der Frist zur Bewerbung oder zur Angebotsabgabe gegenüber dem Auftraggeber gerügt werden, 4) mehr als 15 Kalendertage nach Eingang der Mitteilung des Auftraggebers, einer Rüge nicht abhelfen zu wollen, vergangen sind. Satz 1 gilt nicht bei einem Antrag auf Feststellung der Unwirksamkeit des Vertrags nach § 135 Absatz 1 Nummer 2. § 134 Absatz 1 Satz 2 bleibt unberührt.

Organisation, die Teilnahmeanträge entgegennimmt: ekom21 - Kommunales Gebietsrechenzentrum Hessen

8. Organisationen

8.1. ORG-7001

Offizielle Bezeichnung: ekom21 - Kommunales Gebietsrechenzentrum Hessen

Registrierungsnummer: 06-EKOM21KGRZ0001-43

Postanschrift: Carlo-Mierendorff-Str. 11

Stadt: Gießen

Postleitzahl: 35398

Land, Gliederung (NUTS): Gießen, Landkreis (DE721)

Land: Deutschland

Kontaktperson: Vergabestelle

E-Mail: vergabestelle@ekom21.de

Telefon: +49 641 9830 0

Internetadresse: <https://www.ekom21.de>

Profil des Erwerbers: <https://www.ekom21.de>

Rollen dieser Organisation:

Beschaffer

Organisation, die Teilnahmeanträge entgegennimmt

8.1. ORG-7004

Offizielle Bezeichnung: Vergabekammer des Landes Hessen beim Regierungspräsidium Darmstadt

Registrierungsnummer: t:06151126603

Postanschrift: Wilhelminenstraße 1-3

Stadt: Darmstadt
Postleitzahl: 64295
Land, Gliederung (NUTS): Darmstadt, Kreisfreie Stadt (DE711)
Land: Deutschland
E-Mail: vergabekammer@rpda.hessen
Telefon: +49 6151125816
Fax: +49 6151126834
Rollen dieser Organisation:
Überprüfungsstelle

8.1. ORG-7005

Offizielle Bezeichnung: Datenservice Öffentlicher Einkauf (in Verantwortung des Beschaffungsamts des BMI)
Registrierungsnummer: 0204:994-DOEVD-83
Stadt: Bonn
Postleitzahl: 53119
Land, Gliederung (NUTS): Bonn, Kreisfreie Stadt (DEA22)
Land: Deutschland
E-Mail: noreply.esender_hub@bescha.bund.de
Telefon: +49228996100
Rollen dieser Organisation:
TED eSender

10. Änderung

Fassung der zu ändernden vorigen Bekanntmachung
:
2da521b5-7e45-4dfc-8ebd-5d265a238735-01
Hauptgrund für die Änderung
:
Aktualisierte Informationen
Beschreibung
:
Aktualisierung der Vergabeunterlagen (Version 2).

Informationen zur Bekanntmachung

Kennung/Fassung der Bekanntmachung: 3e9bff2d-9953-44ae-ade5-f214d9578e38 - 01
Formulartyp: Wettbewerb
Art der Bekanntmachung: Auftrags- oder Konzessionsbekanntmachung – Standardregelung
Unterart der Bekanntmachung: 16
Datum der Übermittlung der Bekanntmachung: 04/09/2026 17:18:02 (UTC+02:00)
Osteuropäische Zeit, Mitteleuropäische Sommerzeit
Sprachen, in denen diese Bekanntmachung offiziell verfügbar ist: Deutsch
Veröffentlichungsnummer der Bekanntmachung: 618049-2026
ABl. S – Nummer der Ausgabe: 173/2026
Datum der Veröffentlichung: 08/09/2026